

Gespräche mit der EU und pazifischen Staaten

Amerikas Mühen mit dem Freihandel

14.03.2014



Protektionistische Reflexe in den «Abkommen für das 21. Jahrhundert». (Bild: Keystone / AP)

In den Freihandelsgesprächen der USA mit pazifischen Staaten wird um Arbeitnehmerrechte gerungen, mit der EU um nichttarifäre Handelshemmnisse.

Christoph Eisenring, Washington

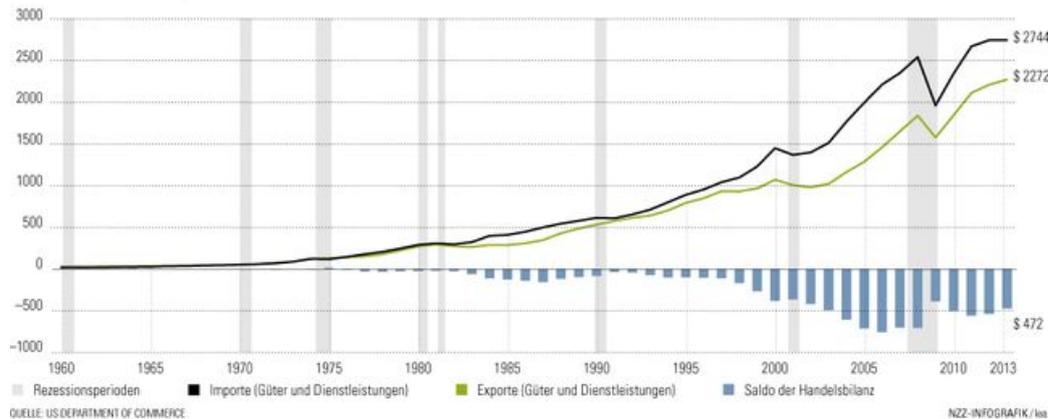
Wer schon einmal ein Auto über den Atlantik schicken wollte, kann das Potenzial einer Freihandelszone der USA mit der EU nachvollziehen. Ein Berliner Garagist erklärt, dass die Umrüstung des in den USA gekauften Mazda 1800 €kosten würde – ohne dass sich damit die Sicherheit verbessern würde. Diese Woche fand in Brüssel die vierte Verhandlungsrunde zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) statt. Grosse Hoffnungen werden beidseits des Atlantiks denn auch auf die Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse gesetzt.

Vor der Ziellinie abgefangen

Der konservative Think-Tank Heritage Foundation befürchtet indes, dass die TTIP letztlich nicht so sehr auf eine gegenseitige Anerkennung von Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften hinausläuft, sondern auf eine «Harmonisierung». Die EU wird in den USA als eine Institution wahrgenommen, die wenig von Wettbewerb hält. Die USA sind zudem überzeugt, dass ihre Entscheide zum Konsumentenschutz stärker auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen als diejenigen der EU, man denke an genetisch modifizierte Lebensmittel.

Chronisches Defizit der USA im Aussenhandel

In Mrd. \$ (nicht inflationsbereinigt)



Die Zölle zwischen der EU und den USA, die zusammen einen Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung von 50% und am Welthandel von 30% haben, sind bereits niedrig: bei 3,5% im Fall der USA und 5,3% bei der EU. Angesichts des starken Austausches könnte die Abschaffung der verbleibenden Zölle den USA aber immer noch einen Einkommengewinn von bis zu 82 Mrd. \$ bringen. Im Vergleich zur TTIP schon in einem fortgeschrittenen Stadium befinden sich die Verhandlungen zur transpazifischen Partnerschaft (TPP). Hier haben 20 Runden stattgefunden, an denen neben den USA Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam beteiligt sind. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Verhandlungen kurz vor der Ziellinie zum Stillstand kommen. So sieht es nicht danach aus, dass der Kongress Präsident Obama eine Trade Promotion Authority (TPA) gewähren will.

Mit einer solchen Ermächtigung setzt der Kongress die Leitplanken für Verhandlungen, überlässt aber die Einzelheiten der Exekutive. Ist einmal ein Vertrag ausgehandelt, kann der Kongress ihm nur noch zustimmen oder ihn ablehnen, nicht jedoch einzelne Bestimmungen ändern. Die TPA ist wichtig: Welcher Verhandlungspartner macht schon gerne Zugeständnisse, wenn er nicht sicher sein kann, dass ein einmal beschlossenes Paket auch Bestand hat?

Der Führer der Demokraten im Senat, Harry Reid, will von der TPA auch wegen der Zwischenwahlen im Herbst aber nichts wissen. Obamas Vorgänger Bill Clinton hatte 1994 dank seinem starken Engagement eine Zustimmung im Kongress zum nordamerikanischen Freihandelsabkommen (Nafta) mit Mexiko und Kanada erreicht. Dabei nahm er in Kauf, dass im Repräsentantenhaus die Mehrheit seiner Demokraten dagegen stimmte. So engagiert geht Obama nicht zu Werke. Immerhin hat Vizepräsident Joe Biden kürzlich in der «Financial Times» erklärt, dass die USA im Handel nicht abseitsstehen dürften.

Die Regierung beteuert, «Freihandelsabkommen des 21. Jahrhunderts» abschliessen zu wollen. Was damit gemeint ist, hatte Obama Ende Januar in der Rede zur Lage der Nation umschrieben: Die Parteien müssten bei der TPA zusammenarbeiten, um die Arbeiter und die Umwelt zu schützen und um neue Märkte für Güter mit dem Stempel «Made in the USA» zu öffnen.

Dass das Weisse Haus den Schutz der Arbeitnehmer und der Umwelt vor der Marktöffnung nennt, ist kein Zufall. Die Regierung will es sich nicht mit den Gewerkschaften und Umweltverbänden verderben. Bisher ist Obama auch nicht als Freihändler aufgefallen. Als er 2008 erstmals für die Präsidentschaft kandidierte, hatte er das Nafta als Fehler bezeichnet. Es habe allein im industriell geprägten Gliedstaat Ohio 50 000 Stellen gekostet, behauptete er. Als Präsident ist er zwar diplomatischer als damals. Gleichzeitig vertritt er weiter merkantilistische Positionen: So will er Firmen, die Jobs aus dem Ausland zurückholen, steuerlich begünstigen, und solche, die Stellen verlagern, bestrafen.

Beim Nafta waren Arbeitnehmerrechte noch in einer Zusatzvereinbarung und nicht direkt im Freihandelsabkommen festgehalten worden. Dies hat sich geändert. Als Mindestanforderung hat Washington schon unter Präsident George W. Bush die Einhaltung einschlägiger ILO-Standards formuliert: das Recht, sich zu organisieren, die Möglichkeit kollektiver Lohnverhandlungen, die Abschaffung von Kinderarbeit und die Beseitigung von Diskriminierung. Die USA wollen in der TPP aber noch weiter gehen. So sollen die Länder auch aufzeigen, wie sie diese Standards umsetzen. Dies sieht nach Mikromanagement von Arbeitsgesetzen anderer Länder aus. Brunei und Vietnam haben Opposition angemeldet.

Beunruhigen muss auch, dass die USA seit der Krise viel öfter zu Antidumpingzöllen Zuflucht nehmen als vorher: Von 2008 bis 2013 wurden mehr als 100 solche Verfügungen erlassen, nach etwa 60 in den fünf Jahren davor. Kommt dazu, dass nur wenige Gliedstaaten bereit sind, ihr öffentliches Beschaffungswesen für ausländische Firmen zu öffnen. Bei den Freihandelsabkommen mit Südkorea, Panama und Kolumbien waren es gerade noch acht.

Im Golfklub spielt man Golf

Wenig Freude im Ausland machte auch die «Buy American»-Klausel im Konjunkturprogramm 2009. Sie verlangt, dass in Infrastrukturbauten Eisen, Stahl und Industriegüter verwendet werden, die in den USA produziert werden. Im Juni 2013 haben ferner 230 Abgeordnete und im September 60 Senatoren die Regierung aufgefordert, «Währungsmanipulationen» im Rahmen der TPP anzugehen. So hatte ein Think-Tank die beiden TPP-Länder Malaysia und Singapur als Manipulatoren gegeißelt. Hier zumindest gibt die Regierung Gegensteuer. Sie zieht es vor, Kritik an Währungsregimes von Staaten wie China in den halbjährlichen Berichten des Finanzministeriums zu äussern.

Die USA sind Vorreiter darin, Handelsabkommen mit «artfremden» Forderungen zu verknüpfen und diese auch durchzusetzen. Die EU pflegt hier mit Schwellenländern eher einen beratenden Ansatz. Der Columbia-Professor Jagdish Bhagwati warnt denn auch vor einer Isolation Chinas und Indiens, wenn es zu viele Nebenbedingungen gibt. Eigentlich soll die TPP als «atmendes Abkommen» weiteren Staaten offenstehen. Bhagwati macht das Beispiel eines Golfklubs: Wer diesem beitrete, wolle Golf spielen. Es käme niemandem in den Sinn, den Beitritt mit der Pflicht zum Kirchenbesuch zu verbinden, bei dem man mit anderen Klubmitgliedern Hymnen singen müsse, sagt er.